

-FfF Goslar, Kurzversion unserer Forderungen-

Für Hintergründe und weiterführende Informationen siehe: "FfF-Goslar Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen im Fliegerhorst"

Zu: 1. Allgemeine Versäumnisse bei der Planung und Umsetzung

Wir fordern konkret den Bau von Fahrradwegen in beide Richtungen der Straßen. Diese müssen auf der jetzigen Autofahrbahn liegen und baulich, beispielsweise durch eine Betonschwelle, von der Autospur getrennt sein. In den Straßen, die zu schmal sind, um einen ausreichend breiten Fahrradweg anzulegen, fordern wir hier die Einrichtung sogenannter „Fahrradzonen“. Dabei gilt durchgehend Tempo 30 und Fahrräder haben Vorrang vor Autos, dürfen also beispielsweise nebeneinander fahren und v.a. nicht überholt werden. So wird die Sicherheit der Fahrradfahrer:innen gewährleistet und ihnen wird im Straßenverkehr Priorität eingeräumt, ohne dafür auf Platz für Fußgänger:innen zu beeinträchtigen.

Außerdem muss geprüft werden, inwieweit eine Begrünung nachzuholen ist und noch nicht bebaute Gebiete zu öffentlichen Grünflächen gemacht werden können. Hierbei sollte jede Möglichkeit genutzt werden. Lediglich einen Wald auf der Fläche zu pflanzen, die derzeit als Deponie genutzt wird, wie die SPD es vorschlägt, ist allerdings kein ernstzunehmender Lösungsansatz.

Es sollte auch geprüft werden, inwiefern es jetzt noch möglich ist den Einbau von Photovoltaik und Solarthermie bei den Neubauten zu fördern. Wir würden auch ein allgemeines Verbot von sogenannten „Schottergärten“ begrüßen.

Auch sollte die Idee eines Waldspielplatzes umgesetzt werden. Ob dieser im Gebiet des Fliegerhorstes oder einer geeigneten Alternative liegt, ist dabei zweitrangig. Sollte er aber nicht im Fliegerhorst liegen, darf das nicht dazu führen, dass das Gebiet gar keinen Spielplatz erhält.

Zu: 2. „Fliegerhorst Nord“, Bauplanänderung und Fällungen

Als letzte verbleibende Grünfläche sollte das Gebiet den Bewohner:innen vollständig erhalten bleiben. Dazu sollte am 14.01. dem Antrag der Grünen Ratsfraktion (TOP Ö 8.1) stattgegeben werden, nachdem der verlorene Wald vor Ort ökologisch gleichwertig aufgeforstet werden soll. Die Kosten hat selbstverständlich der Investor zu tragen, zusätzlich zu der ohnehin anfallenden Strafzahlungen. Auch die Fragen, die die FDP Ratsfraktion in ihrem Antrag (TOP Ö 8.2) stellt, sollten restlos geklärt werden, bevor weitere Genehmigungen erteilt werden.

Sollte eine komplette Ablehnung des B-Plans 177 im Rat keine Mehrheit finden, muss dieser stark überarbeitet werden, sodass zumindest dieser Teil des Neubaugebiets hohe Standards an Radwegen, Grünflächen und den geforderten Grünstreifen vorweist. Es gibt keine akzeptable Rechtfertigung für die Genehmigung der aktuellen Version des B-Plans 177.

Zu: 3. Mülldeponie

Wir schließen uns den Forderungen von BUND und NABU an, den Inhalt der Deponie schnellstmöglich untersuchen zu lassen. Sie muss danach unter den nötigen Sicherheitsvorkehrungen wieder abgetragen und der Abfall ordnungsgemäß entsorgt werden. Herr Bruns und seine Unternehmensgruppe müssen schnellstmöglich zur vollständigen Aufklärung beitragen, was den Inhalt der Deponie und den Verbleib des belasteten Materials betrifft.